



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 1. September 2023

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 4. September 2023

Fokusthema: **Justiz und innere Angelegenheiten**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach dem Eintritt eines neuen Ratsmitglieds und der Wahl der Mitglieder der PUK «Datensicherheit» über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess sowie über formale Vorgaben für Richterinnen und Richter der oberen kantonalen Gerichte diskutieren. Danach werden ein Postulat als erledigt abgeschrieben und Beiträge für Winterthurer Kulturinstitutionen genehmigt. Sollte im Anschluss noch Zeit verbleiben, wird der Rat bis zum Sitzungsende Vorstösse beraten, welche die Direktion der Justiz und des Innern betreffen.

Anpassungen an geänderte Strafprozessordnung zur Annahme beantragt

Keine lange Debatte dürfte die geplante Änderung des Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess auslösen. Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Gesetz zu ändern ([5891](#)). Mit der Vorlage werden die notwendigen Anpassungen an die geänderte eidgenössische Strafprozessordnung vorgenommen, die voraussichtlich am 1. Januar 2024 in Kraft treten wird. Die Anpassungen im kantonalen Recht betreffen vor allem die Zuständigkeiten bei der Einziehung von Vermögenswerten im Rahmen einer Einstellungsverfügung, bei Entsieglungen und bei der gerichtlichen Genehmigung der Rechtshilfe.

KJS-Präsident: Daniel Wäfler (SVP, Gossau), 079 678 34 60

Richterinnen und Richter sollen nur noch bis 68 im Amt bleiben dürfen

Richterinnen und Richter sollen künftig im Monat, in dem sie das 68. Altersjahr vollenden, aus dem Amt ausscheiden. Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt dem Kantonsrat einstimmig eine entsprechende Gesetzesänderung ([KR-Nr. 421/2020](#)). Die bisherige Praxis des Kantonsrates, Mitglieder der obersten Gerichte ab einem gewissen Alter nicht mehr zur Wahl vorzuschlagen, wurde vom Bundesgericht aufgrund einer fehlenden Grundlage in der Verfassung gerügt. Neben der Altersbeschränkung beantragt die Mehrheit der Kommission eine Abschaffung des Laienrichtertums auf Ebene der obersten kantonalen Gerichte, wie dies für die Bezirksgerichte bereits gilt. Eine Minderheit (AL, parteilos) will am Laienrichtertum festhalten, hat ihre Minderheitsanträge zwischenzeitlich aber zurückgezogen. Weiter fordert die Kommissionsmehrheit für Handelsrichterinnen und -richter eine Ausnahmeregelung betreffend die Wohnsitzpflicht im Kanton Zürich. Bei Spezialgebieten mit wenigen Fachkräften soll die Wohnsitzpflicht auf die ganze Schweiz ausgeweitet werden können. Eine Minderheit (FDP, SVP, Grüne) lehnt dies ab.

KJS-Präsident: Daniel Wäfler (SVP, Gossau), 079 678 34 60

Minderheit FDP, SVP, Grüne: Angie Romero (FDP, Zürich), 076 564 97 77

Zürcher Haushaltsfinanzstatistik als wertvolle Datenbank

Rasch behandelt werden dürfte die Abschreibung eines FDP-Postulats. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 13 zu 1 Stimmen, das Postulat betreffend «Erst untersuchen, dann handeln» als erledigt abzuschreiben ([5726](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, einen Bericht zur finanziellen Situation der Zürcher Familienhaushalte zu erstellen. Der Bericht sollte aufzeigen, inwiefern sich Transferzahlungen und Entlastungen, wie zum Beispiel Prämienverbilligungen, Stipendien, Familienzulagen, Sozialhilfe oder Steuerabzüge, auf das verfügbare Einkommen von Familien auswirken. Der Regierungsrat hat mit der Zürcher Haushaltsfinanzstatistik eine wertvolle Datenbank geschaffen. In einem nächsten Schritt wird es darum gehen, diese kontinuierlich zu erweitern.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Beiträge 2024–2027 an Kunstverein und Theater Winterthur AG sollen genehmigt werden

Kaum Opposition auslösen dürften die beantragten Betriebsbeiträge an zwei Winterthurer Kulturinstitutionen. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Betriebsbeiträge für die Jahre 2024 bis 2027 an die Theater Winterthur AG von höchstens 4 Millionen Franken ([5886](#)) und an den Kunstverein Winterthur von höchstens 4,8 Millionen Franken ([5885](#)) zu genehmigen. Das Theater Winterthur bietet als grösstes Gastspielhaus der Schweiz ohne eigenes Ensemble ein vielfältiges Programm mit rund 150 Vorstellungen aus den Sparten Sprechtheater, Musiktheater sowie Tanz und Ballett. Das vom Kunstverein Winterthur betriebene Kunstmuseum ist dank seinen einzigartigen Sammlungen und dem vielfältigen Programm mit jährlich zehn bis zwölf Ausstellungen im Bereich der historischen und zeitgenössischen Kunst von grosser Bedeutung.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Vorstösse zu Ausschaffungen, LGBTI-Menschen und finanzpolitischen Reserven

Sollte der Kantonsrat vor Ende der Sitzung noch dazu kommen, wird er sich mit Vorstössen beschäftigen, welche die Direktion der Justiz und des Innern betreffen. SVP-Kantonsrätin Nina Fehr Düsel hat dem Regierungsrat mit einer Interpellation verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Ausschaffung von kriminellen Ausländern gestellt ([KR-Nr. 342/2020](#)). Der Regierungsrat hat die Fragen im November 2020 beantwortet. Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt. SP-Kantonsrätin Hannah Pfalzgraf bittet mit Unterstützung von GLP, Grünen, Mitte und AL den Regierungsrat, in einem Bericht aufzuzeigen, wie LGBTI-Menschen wirksam vor Diskriminierung geschützt werden können ([KR-Nr. 377/2020](#)). FDP-Kantonsrat André Müller fordert die Regierung auf, zu prüfen, wie eine Gemeinde freie, nicht zweckgebundene finanzpolitische Reserven bilden kann, auch wenn sie diese nicht im ordentlichen Budgetprozess budgetieren konnte ([KR-Nr. 438/2020](#)). Der Regierungsrat hatte sich bereit erklärt, die beiden Postulate entgegenzunehmen. Weil die SVP bzw. die Grünen Ablehnung beantragt haben, wird der Kantonsrat nach einer Debatte über die Überweisung der Vorstösse entscheiden.

Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht), 079 508 76 40

Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten), 079 435 49 25

André Müller (FDP, Uitikon), 079 740 37 38

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht der Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates an. Als Nachfolgerin von Manuel Kampus wird die 46-jährige Primarlehrerin und Historikerin Livia Knüsel (Grüne, Schlieren) ihr Amtsgelübde leisten (KR-Nr. 280/2023). Danach steht die Wahl der zwölf Mitglieder der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) «Datensicherheit» an (KR-Nr. 274/2023). Als Präsident schlägt die Interfraktionelle Konferenz (IFK) Benno Scherrer (GLP, Uster) vor. Der Vorschlag der IFK ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12